


Niederschrift der Dringliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Rechnungsprüfung und Vergaben am 13.05.2020

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:02 Uhr
Ende:	17:20 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter/in:	Herr Panse
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Beschlussfassung über die Dringlichkeit der Sitzung	
3.	Änderungen zur Tagesordnung	
4.	Genehmigung der Niederschriften	
4.1.	Genehmigung aus der Sitzung vom 22.01.2020	
4.2.	Genehmigung aus der Sitzung vom 26.02.2020	
5.	Dringliche Angelegenheiten	

6. Festlegungen des Ausschusses
- 6.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung FRLV vom **0914/19**
08.05.2019 zum TOP 5.1 - Beschlusskontrolle zur DS
0747/18 - Konzept Winterdienst in der Stadt Erfurt für
die Winterperioden 2018/2019 - 2020/2021 (Drucksache
0072/19)
BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr
- 6.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des FRV vom **0510/20**
26.02.2020 zum TOP 5.1 zur Drucksache 2732/17 - hier
Nachreichung Vergleichsdaten Baukosten
BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr
7. Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende Herr Panse, Fraktion CDU, eröffnete die öffentliche dringliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Rechnungsprüfung und Vergaben und stellte die formgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Weiterhin wurde durch den Ausschussvorsitzenden auf das Schutzkonzept zur Durchführung von Sitzungen der Ausschüsse des Erfurter Stadtrates hingewiesen, welches auch bereits mit der Einladung versandt wurde.

2. Beschlussfassung über die Dringlichkeit der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Panse, Fraktion CDU., teilte mit, dass vor dem Eintritt in die Tagesordnung gemäß § 35 Abs. 2 Satz 4 ThürKO die Dringlichkeit mit einfacher Mehrheit durch den Ausschuss festzustellen ist, da nicht fristgerecht eingeladen wurde. Die Dringlichkeit wurde durch die Ausschussmitglieder einstimmig bestätigt.

bestätigt Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

3. Änderungen zur Tagesordnung

Änderungen zur Tagesordnung lagen keine vor.

4. Genehmigung der Niederschriften

4.1. Genehmigung aus der Sitzung vom 22.01.2020

Die Niederschrift wurde wie folgt

genehmigt Ja 8 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

4.2. Genehmigung aus der Sitzung vom 26.02.2020

Die Niederschrift wurde wie folgt

genehmigt Ja 8 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

5. Dringliche Angelegenheiten

Es lagen keine dringlichen Angelegenheiten vor.

6. Festlegungen des Ausschusses

- 6.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung FRLV vom 0914/19
08.05.2019 zum TOP 5.1 - Beschlusskontrolle zur DS
0747/18 - Konzept Winterdienst in der Stadt Erfurt für die
Winterperioden 2018/2019 - 2020/2021 (Drucksache
0072/19)
BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr

Da noch keine Stellungnahme vorlag, diese aber im Juni erfolgen soll, wurde auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden, Herr Panse, die Behandlung der Festlegung auf den 17.06.2020 vertagt.

vertagt

- 6.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des FRV vom 0510/20
26.02.2020 zum TOP 5.1 zur Drucksache 2732/17 - hier
Nachreichung Vergleichsdaten Baukosten
BE: Beigeordneter für Bau und Verkehr

Der Ausschussvorsitzende Herr Panse stellte fest, dass laut Verwaltung eine Auswertung auf Grund von personellen Engpässen nicht möglich ist, und fragte wer diese Auswertung erstellt bzw. wo genau es derzeit Engpässe vorkommen.

Herr Dr. Stefani, Amtsleiter für Grundstücks- und Gebäudeverwaltung, antwortete, dass das Bauthema Aufgabe es Amtes 23 sei, aber es im Moment eine erhebliche Unterbesetzung gibt, um die ganzen Aufgaben aus dem Schulprogramm abzuarbeiten. Über den Nachtragshaushalt und der Neuorganisation des Amtes sei ein erheblicher Personalzuwachs geplant. Das letzte Stellenbesetzungsverfahren zeigte allerdings, dass der Markt an Fachpersonal derzeit erschöpft ist und es daher nur wenig Bewerber gibt. Es ist daher momentan nicht möglich eine konkrete Aussage zu geben, wann Personal zur Auswertung zur Verfügung steht und folglich eine Auswertung stattfinden kann.

Ausschussvorsitzende Herr Panse, Fraktion CDU fragte daraufhin, wann die Festlegung erneut vorlegt werden soll. Daraufhin gab der Amtsleiter für Grundstücks- und Gebäudeverwaltung, Herr Dr. Stefani, sechs Monate als Antwort. Ein Ergebnis kann aber nicht garantiert werden.

Herr Panse, Fraktion CDU, teilte mit, dass viele Kita Neubauten nicht mehr stattfinden werden und wollte in Erfahrung bringen, warum die Kosten so außergewöhnlich hoch lagen.

Dies wäre auch bei vielen anderen Bauprojekten wichtig zu erfahren, um besser planen zu können. Spätestens in einem halben Jahr sollte eine sehr konkrete Antwort vorliegen.

Herr Poloczek-Becher, Fraktion FDP, erklärte, dass nach eigener Recherche es eine Vorlage vom Landesamt für Statistik gibt, in welcher für das Jahr 2016 zur durchschnittlich Erstellung eines Kitaplatzes 25 bis 26TEUR angegeben werden, wobei die Kita Bussi Bär derzeit bei rund 43TEUR pro Kitaplatz liegt. Er fragte daher, wo die Mehrkosten herkommen und bat darum eine Stellungnahme nachzulegen.

Her Möller, Fraktion SPD, wies daraufhin, dass derzeit über 170 Kitapläetze fehlen, um den Rechtsanspruch auszufüllen. Er kann nur Bitten mit dazu beizutragen, dass die Projekte die halbwegs in der Planung liegen vorzuziehen um einen Rechtsanspruch für die betroffenen Familien zu ermöglichen. Der Ausbau sollte eng begleitet werden, sodass eine Bearbeitung schnell geht und bereits eine weitere Einrichtung extrem helfen würde.

Der Ausschussvorsitzende Herr Panse, Fraktion CDU, wies daraufhin, dass es in dieser Vorlage um die erhöhten Kosten geht. Ob deren Ursache in besonderen Vorschriften liegt oder weil die Kita aufwendig gebaut wird. Es geht in dieser Vorlage um die Kontrollfunktion, man wolle nicht den Bau verhindern.

Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., fragte ob es eine Überlegung gibt stärker Externe hinzu zu ziehen, um die Vorplanungsleistung abzuwickeln.

Der Amtsleiter für Grundstücks- und Gebäudeverwaltung, Herr Dr. Stefani, antwortete, dass das Ziel war, Planungsleistungen vorrangig intern zu leisten. Bei großen Vorhaben werden externe Planungsbüros hinzuzugezogen, welche als Gegenpart interne Bearbeiter benötigen. Allerdings ist der Markt an Fachpersonal und unterstützende Büros momentan sehr rar.

Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., gab den Hinweis, man könne auch Ingenieurbüros beileihen, falls dies noch nicht geprüft wurde.

Da die Festlegung in einem halben Jahr erneut aufgerufen werden soll und es keine weiteren Wortmeldungen gab, schloss der Ausschussvorsitzende den Tagesordnungspunkt.

vertagt

7. Informationen

Herr Hilgenfeld, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte ob der Nachtragshaushalt genehmigt ist.

Herr Linnert, Beigeordneter für Finanzen und Wirtschaft, gab als Antwort, dass dies noch nicht der Fall sei.

Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE., fragte warum der Nachtragshaushalt erst so spät zur Genehmigung ans Landesverwaltungsamt eingereicht wurde.

Herr Linnert, erläuterte die Gründe entsprechend.

Weitere Informationen gab es nicht, weshalb der Ausschussvorsitzende den Tagesordnungspunkt und somit den öffentlichen Teil der Sitzung schloss.

gez. Panse
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer/in